

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riefa,
Hermann Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580,
Zirkeloffiz:
Riefa Nr. 52.

Nr. 135.

Sonnabend, 13. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wiedereintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Künftige Unterstellungsbelegte Empfänger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Göttschstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hüsemann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Die Ungewißheit der innerpolitischen Lage.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei. Die Besprechungen in Neudeck. — Der Reichskanzler wieder in Berlin.

Regierungskrise?

Von unserem Berliner Vertreter.

Ohne weiteres läßt sich zur Stunde noch nicht sagen, ob wir wirklich bereits eine Regierungskrise haben. Wenn in Berlin Gerüchte umlaufen, der Kanzler und mit ihm das Kabinett wolle demissionieren, so stammen diese Gerüchte wohl nur daher, weil die Deutsche Volkspartei ziemlich präzis Forderungen unterbreitet hat. Wir konnten vor einigen Tagen mitteilen, die Deutsche Volkspartei hätte nicht die Absicht, eine Veränderung in der Regierung zu verlangen. Damals traf diese Mitteilung zu. Inzwischen haben sich aber in der völksparteilichen Fraktion andere Momente ergeben, die dazu führen, daß ein sehr ernüchterter Vorstoß gegen die Gesamtregierung gemacht wurde.

Es hat sich folgendes ereignet (und diese Darstellung entspricht, wenn auch andere Nachrichten kürzeren, den Tatsachen): Der völksparteiliche Führer Dingeldey legte dem Kanzler auseinander, die Volkspartei hätte nicht gegen den Kanzler Mißtrauen, aber gegen die Gesamtregierung oder richtiger gegen ihre Zusammensetzung. Sie möchte daher die Bedingungen stellen, daß die Gesamtregierung ihren Rücktritt nimmt und Dr. Brüning sie beauftragt, eine neue Regierung zu bilden. Wenn der Kanzler dieser Forderung entspreche, sei die Deutsche Volkspartei bereit, auf die Einberufung des Reichstages zu verzichten.

Der Kanzler hat die Forderung nicht beantwortet, er hat sich Bedenkzeit erbeten. Was er tun wird, hängt von den nächsten Entscheidungen der Gesamtregierung ab. Soviel wir wissen, besteht innerhalb der Regierung keine Meinungsverschiedenheit über die Forderungen der Deutschen Volkspartei. Man rechnet aus, ob trotz der kategorischen Erklärung der Deutschen Volkspartei eine Mehrheit gegen den Reichstag vorhanden ist, und überlegt, ob die Landvolkspartei gegen oder für die Regierung stimmen werde. Würde die Landvolkspartei sich entscheiden können, die Einberufung des Reichstages abzulehnen, so könnte sich die Regierung auf eine kleine Mehrheit stützen. Denn mit den Sozialdemokraten werden die Verhandlungen fortgesetzt, und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Verhandlungen zwischen Regierung und Sozialdemokraten zu einem befriedigenden Abschluß kommen.

Die Lage ist jedenfalls außerordentlich ungelöst, denn die Regierung weiß, daß sie nachgeben und zurücktreten muß, wenn der Reichstag einberufen wird, sie muß überlegen, ob vor der Einberufung und der Beschaffung der Notverordnung noch etwas gerettet werden kann. Deshalb ist die Entscheidung der Regierung von außerordentlicher Bedeutung. In Neudeck wird keine Entscheidung fallen. Am Sonnabend wird aber die Regierung zusammenzutreten und über ihr Weichen oder Stehen allein zu bestimmen haben. Es wäre zur Stunde falsch, nach dieser oder jener Richtung Behauptungen aufzustellen.

Aber sollte die Regierung gehen, sollte unter Brüning eine andere Regierung gebildet werden, so entsteht die Frage, wie diese Regierung zusammengesetzt werden soll. Die Volkspartei will sich selbstverständlich an dieser Regierung beteiligen, die ganz rechts eingestellt werden soll. Um diese Regierung der Rechten etwas abzuschwächen und ihr verschulterten Charakter zu geben, will die Volkspartei ja mit der neuen Regierungsbildung durch Brüning einverstanden sein. Sie hofft dadurch das Zentrum ganz zu gewinnen und eine so feste Mehrheit für die neue Regierung zu finden, daß die Regierungsbildung ein für alle Mal behoben ist. Beides Gerüchte ist es indessen, wenn es heißt, die Deutsche Volkspartei verlangt ein Direktorium. Sie will im Gegenteil eine verantwortliche Regierung, die stark nach rechts tendiert.

Die endgültigen Zahlen des Reichshaushalts.

11. Berlin. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht die endgültigen Zahlen über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931). Im ordentlichen Haushalt wurde ein Fehlbetrag aus dem Vorjahre in Höhe von 406,0 Millionen RM übernommen, der durch eine Uebertragung in gleicher Höhe aus dem Schuldentilgungsfonds abgedeckt worden ist. Da der kassenmäßige Fehlbetrag nur 309,8 Millionen RM ausmachte, so ergab sich als Vortrag für das Rechnungsjahr 1930 ein Bestand von 65,8 Millionen RM, der zur Deckung der Ausgabenbereits aus dem Vorjahre in gleicher Höhe bestimmt ist. Einschließlich dieses Vortrages betragen die Einnahmen 10.896,8 Millionen RM, gegenüber Sollereinnahmen von 11.692,0 Millionen RM. Die Ausgaben stellten sich auf 11.417,3 Millionen RM, gegenüber Sollausgaben von 11.607,8 Millionen RM.

Mitteln übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 1000,5 Millionen RM. Unter Minderrechnung der am Schluß des Rechnungsjahres 1930 verbliebenen Einnahmehemden und Ausgabenreste ergibt sich ein Fehlbetrag von 1119,8 Millionen RM.

Neudeck, 13. Juni.
Der Herr Reichspräsident empfing Freitagmorgen den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die Reihe nach Chequers und zu einer Besprechung über die innerpolitische Lage.

Berlin, 13. Juni.
In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß lebhaft die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders auch für die Frage, welche Entscheidung die Landvolkspartei treffen wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk am nächsten steht, berichtet, diese Fraktion werde sich voraussichtlich ähnlich entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei und so sei die Einberufung des Reichstages so gut wie gewiß.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, hält man es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Reichstagsaal eine Mehrheit für die Parlaments-einberufung ergibt. Man hofft noch immer, daß sich für die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, auf die Einberufung zu verzichten.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei tritt am Montag erneut zusammen, um sich mit dem sachlichen Inhalt der Notverordnung zu beschäftigen. Es liegt nahe, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal über die grundsätzliche Einstellung zur Reichstags-einberufung berät, zumal die Mehrheit für die Einberufung nur zwei Stimmen betrug; von den 28 anwesenden Abgeordneten hatten 15 für die Einberufung und 13 dagegen gestimmt. Entgegen anderslautenden Darstellungen hat übrigens Dr. Curtius nicht vorher die Beratung verlassen, sondern sich mit an der Abstimmung beteiligt.

Die weitere Entwicklung wird wesentlich von der Besprechung bestimmt werden, die in Neudeck zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Staatssekretär Meißner stattfindet. Wenn man davon spricht, daß der Kanzler eventuell Vollmachten, z. B. zur Auflösung des Reichstages, mitbringen würde, so handelt es sich um Vermutungen.

gen, denen sehr starke Zweifel entgegengeführt werden. Eher wäre es nach Auffassung unrichtiger Kreise möglich, daß nach Bemühungen zu einer sachlichen Verständigung zwischen dem Kanzler und der Deutschen Volkspartei einsehen, wie ja auch noch mit den Sozialdemokraten verhandelt werden muß. Die endgültige Entscheidung fällt aber erst am Dienstag in der Sitzung des Reichstages.

Der Reichskanzler wieder in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Brüning ist heute früh von seinem Besuch beim Reichspräsidenten in Neudeck wieder in Berlin eingetroffen.

Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei.

Berlin. In Berlin trat am Freitag der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei. Es waren fast sämtliche Mitglieder des Reichsausschusses erschienen; alle Wahlkreise waren vertreten. Der Parteiführer Abo. Dingeldey eröffnete einen einleitenden Bericht über die politische Lage, wie sie seit dem Erlass der Notverordnung sich gestaltet hat. Der Vortrag des Parteiführers wurde mit höchstem Beifall aufgenommen. Einmütig wurde folgende Entschliessung: Der Reichsausschuß steht in vollkommener Einigkeit hinter dem Parteiführer und hat zu seiner Führung volles Vertrauen. In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Auffassung der Parteioptionen berichtet. Es beteiligten sich die Herren Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Berg, Rassel, Dr. Schaeff-Galle, Dr. Sabbe-Magdeburg, Abo. v. Radborn, Johannes-Bielefeld, Diekmann-Dresden, Huber-Eisburg, Abo. Dr. Kalle, Dr. Rode-Mleinflottbeck, Pommer-Labenscheld, Sauerlob-Roblenz, Stettiner-Räusberg.

Der Parteiführer Abo. Dingeldey schloß die Tagung mit dem Ausdruck der Genugtuung darüber, daß die Partei als einheitlicher kampfbereiter Körper den politischen Aufgaben entgegensteht im Vertrauen darauf, daß sie mit ihrer Arbeit der Zukunft des Vaterlandes am besten dienen werde.

Schwerer Flugzeug-Absturz. — 4 Tote.

Saarbrücken. (Funkspruch.) Das Flugzeug Saarbrücken-Röln D 1455 stürzte heute vormittag über der alten Artilleriekaserne aus einer Höhe von 100 Metern brennend ab, wobei der Flugzeugführer, ein Bordmonteur und zwei Passagiere ums Leben kamen.

Saarbrücken. (Funkspruch.) Ueber den Vorgang des Flugzeugunglücks lassen sich vorläufig nur Vermutungen anstellen. Man nimmt an, daß der Führer bald nach dem Aufsteigen — das Unglück ist ja nur wenige Meter vom Flugplatz entfernt geschehen — ein unregelmäßiges Funktionieren des Apparates bemerkte und zurückkehren wollte. Dabei hat er offenbar die Kurve zu kurz genommen, so daß das Flugzeug wie ein Stein nach unten gedrückt wurde.

Der linke Flügel berührte dabei den Boden. Der Propeller bohrte sich in die Erde und der ganze Apparat schlug auf.

Die Leichen der vier Verunglückten wurden in vollkommen verformtem Zustand geborgen. Ihre Namen sind: Flugzeugführer Reichard, Bordmonteur Kampfmeyer und die Passagiere Herr Wegel und Herr Fromm, beide aus Saarbrücken.

Bei dem verunglückten Flugzeug D 1455 handelt es sich um einen Dornier-Mercur-Apparat. Es ist daselbe Flugzeug, das am 1. d. M. die Luftomnibus-Linie Röln-Frankfurt eingeweiht hat. Es flog damals um 7.50 Uhr mit sechs Vertretern kölnischer Blätter und Nachrichtenbüros von Röln ab.

„G 38“ gestartet.

London. (Funkspruch.) Das Messerflugzeug „G. 38“ startete heute um 10 Uhr 13 mit 11 Passagieren und Pressevertretern zum Fluge nach Berlin. Gestern führte es in Groydon Schanflüge aus, denen die anwesenden Vertreter des Luftfahrtministeriums mit großem Interesse folgten.

Die Zahl der Wohlfahrtsdienstlosen untermindert

11. Berlin. Nach der Erhebung des Deutschen Städte-tages betrug die Zahl der vom Arbeitsamt anerkannten Wohlfahrtsdienstlosen in den Städten mit über 25 000 Einwohnern (die zusammen 25 Millionen Einwohner haben) am 31. Mai 1931 722 000 gegen 717 000 Ende April. Dazu kommen 80 000 Unterstützte, deren Anerkennung als Wohlfahrtsdienstlose noch aussteht, bzw. vom Arbeitsamt abgelehnt wird. Von den genannten Städten wurden somit am 31. Mai insgesamt 792 000 Erwerbslose laufend unterstützt. — Von den Wohlfahrtsdienstlosen Ende Mai erzielten 69 000 Fürsorgearbeit.

Der kommunistische Mißtrauensantrag vom Preussischen Landtag abgelehnt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Preussische Landtag schloß in seiner heutigen Sitzung das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Staatsregierung mit 220 Stimmen der Regierungsparteien gegen 167 Stimmen der gesamten Opposition ab.